

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

Vorurteile halten sich bekanntlich oftmals besonders lange. LINKE haben angeblich keine Ahnung von Wirtschaft, das wird uns gerne nachgesagt. Gestimmt hat es noch nie – schon zu PDS-Zeiten war unter unseren Kommunalpolitikern der Anteil der Selbstständigen überdurchschnittlich hoch. Meine erste Sachsen-Tour als neuer Fraktionsvorsitzender habe ich in diesem Jahr schwerpunktmäßig dem einheimischen Mittelstand gewidmet, der das Rückgrat der Wirtschaft in Sachsen darstellt.

Nun gibt es natürlich Gründe dafür, warum es bei der öffentlichen Meinung über linke Wirtschaftskompetenz große Reserven gibt: Wir werden im Konzert des täglichen Meinungsstreits vor allem mit plakativer Kapitalismuskritik in Zusammenhang gebracht, nicht aber mit unseren Konzepten, die zeigen, dass eine solidarische Marktwirtschaft mit fairen Rahmenbedingungen möglich ist und demokratischer Sozialismus eben keine Rückkehr zur ausschließlich zentralistisch gelenkten und hinlänglich gescheiterten Planwirtschaft bedeutet.

Ich habe deshalb als Resümee meiner Gespräche in mittelständischen Betrieben wirtschaftspolitische Thesen zur Diskussion gestellt. Dazu gehört eine neue Kultur des Miteinanders im Betrieb, ein Flexibilitätszuschlag für mobile Fachkräfte, die nicht in Dumping-Leiharbeit gedrängt werden dürfen, und die Förderung von „Sachsen-Marken“ für eine eigenständige, selbsttragende Wirtschaft. Ich würde mich freuen, wenn Sie dabei mitdiskutieren würden.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Link zu meinen Wirtschaftsthesen:
<http://smallurl.de/83wo28>

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Tillich verspricht – DIE LINKE handelt

2009. Wahljahr. CDU-Ministerpräsident (MP) Stanislaw Tillich präsentiert seinen „19-Punkte-Plan für Sachsen“. Darin verankert: eine herausgehobene Würdigung des Ehrenamts, konkret das der Freiwilligen Feuerwehren (FFw), denen eine zusätzliche Altersversorgung zuerkannt werden soll.

2013: Tillich ist MP, Schwarz-Gelb ist Regierung – und die FFw gucken in die Röhre. Mit ihrem Gesetz-Entwurf zur Feuerwehr-Rente will DIE LINKE Tillichs Versprechen einlösen und erreichen, dass den FFw ein Stück von dem zurückgegeben wird, was sie 365 Tage im Jahr, bei jedem Wetter und zu jeder Tages- und Nachtzeit für die Gesellschaft leisten.

Zwar hatte die Koalition signalisiert, Alters-Zusatzleistungen für die Kameradinnen und Kameraden zu befürworten, zahlen sollen diese aber die Kommunen. Mehr noch, die CDU wünscht sich sogar den Wettbewerb der Gemeinden im Feuerwehrbereich! Damit würde die Sicherheit der Bürgerin-

nen und Bürger von der Finanzkraft der jeweiligen Gemeinde abhängig gemacht. DIE LINKE lehnt das ab und fordert eine landesweit einheitliche Regelung.

„Nach dem Vorschlag der LINKEN soll die Zusatzrente für langjährige



Foto: DAK

Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren 2014 eingeführt und über Landesmittel finanziert werden. Für jedes Dienstjahr soll es ab dem vollendeten 60. Lebensjahr eine Zusatzrente von 5 Euro monatlich geben, wobei maximal 20 Jahre angerechnet werden. Der Höchstbetrag liegt also bei 100 Euro im Monat. Das ist mit Sicherheit kein exorbitanter Betrag und für das Land auch langfristig gut verkraftbar“, so der **Innenpolitikexperte der Fraktion, Dr. André Hahn**: „Die Feuerwehren haben ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal: Bei ihnen geht es im Zweifel um Leben und Tod. Deshalb müssen wir deren Arbeit auch für die Zukunft sicherstellen.“

Die Koalition ließ indes nicht erkennen, ihrer eigenen Idee von 2009 aufgeschlossen gegenüber zu stehen. Der Gesetz-Entwurf wurde zunächst zur Beratung an den Innen- sowie Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen, nach der Sommerpause wird wohl darüber abgestimmt.

„Stefan Heym – einer, der nie schwieg“

Unter dieser Überschrift lud die Fraktion DIE LNKE am 5. April 2013 zur szenischen Lesung ins Chemnitzer Kulturkaufhaus „DASTietz“ ein. Anlässlich des 100. Geburtstages wollte man des unangepassten Schriftstellers gedenken und an sein Lebenswerk erinnern.

Obwohl in und um Chemnitz zahlreiche Veranstaltungen an den berühmten Sohn der Stadt erinnern(te)n, blieb bei der Veranstaltung der LINKEN kein einziger Platz leer. Rico Gebhardt, Dr. André Hahn,

Sabine Zimmermann, Dr. Volker Külow, Miko Runkel, Stefan Schweninger, Ursel Schmitz und Peter Sodann fanden ein hellwachses Publikum, die Dramaturgie Franz Sodanns kam an, ebenso die Musik von und mit Sabine Kühnrich & Ludwig Streng vom Kleinen Welttheater Chemnitz.

Dass man sich derart an Heym erfreut, den Künstler würdigt, war bei Weitem nicht immer so. Daran erinnerte Rico Gebhardt in seinen einführenden Worten. Nach einer –

sicher unvollständigen – Aufzählung von schon stattgefundenen und noch bevorstehenden Heym-Ehrungen jeglicher Art fragte Gebhardt in den Raum: „Als jemand, der viele Jahre in Aue gewohnt und gelebt hat – also auf dem Territorium der Freien Republik Schwarzenberg –, drängt sich die Frage auf, werden wir – wir hier im Saal und wir, die heutige Gesellschaft – Stefan Heym damit gerecht? Gebieten wir Stefan Heym heute die Ehrerbietung, die ihm 1994 im Bundestag als Alterspräsident verweigert blieb? Was hätte er wohl zu all dem gesagt? Einer, der nie schwieg ...?“

Als mögliche Antwort zog der Redner in Betracht, dass Heym vermutlich (wieder) die Feuerbach-These bemühen würden: „In der Praxis muss der Mensch die Wahrheit, das heißt die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.“ [...] „Wie aber, wenn die Praxis nicht stattfinden durfte? Dann ist gerade die Unterdrückung dieser Praxis die eigentliche Praxis. Und somit die entscheidende Kritik an den Theorien.“

Die Chemnitzer Gäste bekamen Theorie UND Praxis geboten – und dankten es mit herzlichem Applaus.



Foto: DAK

Volles Haus bei der LINKEN-Heym-Lesung in Chemnitz

Im Notfall der Notdienst

Selbst die zuständige Ministerin konnte sich dem Debatten-Thema der Fraktion DIE LINKE nicht entziehen. Ja, es gebe Verbesserungsbedarf bei der Notfallrettung in Sachsen, ließ sich CDU-Sozialministerin Clauß zitieren, nachdem der LINKE-Antrag „Notstand bei der medizinischen Notfallversorgung verhindern“ am 17. April debattiert worden war. Hintergrund des Antrags ist die steigende Zahl an nicht abgesicherten Notarzt-Diensten. Zurzeit sind das sachsenweit drei Prozent der insgesamt 54.600 Zwölf-Stunden-Dienste.

Für den Antragsteller beleuchtete Rechtspolitiker **Klaus Bartl** die juristische Seite des Themas, bevor MdL **Dr. Dietmar Pellmann** sich mit Ursache und Wirkung auseinandersetzte. Unter Ursache ver-

buchte der Sozialfachmann u.a. Ärztemangel und strukturelle Defizite. So sind Großstädte aufgrund der höheren Arzt-Dichte bei der Notfallversorgung im Vorteil. „Es wäre zu prüfen, wie ‚Stadt-Ärzte‘ auf freiwilliger Basis mit für die Sicherstellung des Notdienstes in unterversorgten Regionen herangezogen werden können“, so Pellmann.

Etwa 40 Prozent der Einsätze sind übrigens gar keine echten Notfall-Einsätze. Oft wollen oder können Betroffene nicht so lange auf einen Hausbesuch vom Hausarzt – sofern überhaupt vorhanden – warten. Zudem falle die Unterscheidung zwischen Notdienst und Bereitschaftsdienst schwer. „Können wir uns zudem noch länger erlauben, dass die Dienste auf völlig freiwilliger Basis, vornehm-



lich durch Klinikärzte, erfolgen oder sollte es auch verpflichtende Lösungen geben?“, fragt Pellmann,

wohlwissend, dass gerade Klinik-Ärzte schon heute völlig ausgelastet sind. *red.*

Morlok, der Zauberer – Rechenricks mit Schlaglochgeld

Ist das Weiß des Winters gegangen, kommen Schlaglöcher ans Licht. Je härter der Winter, desto desaströser die Straßen. Der letzte Winter war hart, der Kampf um zusätzliche Gelder zur Straßensanierung ebenso. Den klammen Kommunen zu helfen, hatte DIE LINKE einen Antrag gestellt und gefordert, unverzüglich eine „Rechtsverordnung für Sonderzuweisungen zur Behebung von Winterschäden an kommunalen Straßen“ zu erlassen. Ein „gesundes Misstrauen“ gegenüber Sven Morlok hatte sie getrieben, zu gegenwärtig war die Erinnerung an 2011, als der FDP-Verkehrsminister Millionen zur Reparatur der Winterschäden

versprach und diese dann quasi von den Kommunen selbst bezahlen ließ.



Foto: © Daniel Rennen / PIXELIO

Statt wie 2011 auch heute wieder ein kurzatmiges „Sofortprogramm“ aus dem Hut zu zaubern, dessen Finanzierung nicht in Gänze gesichert ist, forderte DIE LINKE, sich endlich einer kontinuierlichen grundhaften Straßen-Sanierung zuzuwenden und ein auf zehn Jahre angelegtes Sanierungsprogramm für Straßen in kommunaler Baulast-trägerschaft aufzulegen.

Die Staatsregierung platziert auch 2013 wieder die Botschaft: Der Freistaat ist fürsorglich und handelt schnell. „Stimmt das?“, fragt sich **MdL Enrico Stange** und fängt an zu rechnen: „Beim Sonder-Programm 2011 (53 Mio. Euro für zwei Jahre) mussten die Kommu-

nen 62 Prozent selbst finanzieren. 2013 präsentierte Morlok ein Gesamtpaket mit 62,5 Mio. Euro. Der prognostizierte Schadensumfang beträgt aber mindestens 90 Mio. Euro. Von den 62,5 Mio. Euro stehen derzeit fest: 5 Mio. Euro aus dem Wirtschaftsministerium, 12,5 Mio. Euro sind der Eigenanteil der Kommunen. Weitere 5 Mio. sind angekündigt, hängen aber von der Mai-Steuerschätzung ab. Der größte Brocken, 40 Mio. Euro, steht nur auf dem Papier, denn er soll aus dem Gesamt-Haushalt und aus Bedarfs-Zuweisungen nach dem Finanz-Ausgleichsgesetz und damit über den Kommunen zustehendes Geld abgedeckt werden. Wenn es dicke kommt, haben die Kommunen wieder mal weit mehr als die Hälfte des ‚zusätzlichen Geldes‘ für die ‚Sonder-Zuweisungen‘ selbst aufzubringen und das ‚Hilfs-Programm aus kommunalen Haushalten‘ hilft nur einem, dem Minister beim Überleben.“

red.

Vergabegesetz ohne Mindestlohn – CDU & FDP finden’s gut

Nun hat die christlich-liberale Koalition den modernen Vergabegesetz-Entwurf der Opposition also endgültig abgelehnt. Ihr eigenes Vergabegesetz decke alles notwendige ab, weshalb es des rot-grünen Vorschlags nicht bedürfe, so die Argumentation. Dabei sind beide Gesetze so weit voneinander entfernt, wie der Mond und die ins Feld geführte Zufriedenheit der von öffentlicher Auftrags-Vergabe

betroffenen Branchen mit dem CDU-FDP-Gesetz. Schon heute fordern Handwerker Nachbesserungen zu dem erst im April in Kraft getretenen Vergabegesetz.

„Durch das sächsische Vergabegesetz kommt in den Kommunen fast ausnahmslos der Billigste, meist durch Niedriglöhne über Subunternehmen, zum Zuge. Das Vergabegesetz der Koalition hat hier keinen Riegel vorge-

soben. Entgegen der Behauptung von CDU und FDP, ein modernes Vergabegesetz wie das der Opposition sei nicht nötig, erklären Handwerksbetriebe ihre prinzipielle Bereitschaft, Branchenmindestlöhne verbindlich durchzusetzen“, so der **Sprecher für Wirtschaftspolitik der Linksfraktion, Karl-Friedrich Zais**: „Fairen Wettbewerb sichern, Pusch durch Billiganbieter vermeiden, das kann man nur durch klare Kriterien der

Wirtschaftlichkeit im Gesetz erreichen, und die stehen nur im Gesetz von LINKEN, SPD und Grünen.“

Sachsen ist mit Bayern das letzte Land, das sich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bzw. einer Tariftreue-Regelung bei der öffentlichen Auftragsvergabe weigert. „Diese Position wird die nächsten zwei Wahljahre nicht überleben“, ist sich MdL Zais sicher. *red.*

Koalition ohne Sportsgeist – Abfuhr für Sachsens Ringer

Warum sich DIE LINKE dafür einsetzt, dass Ringen olympisch bleibt? Weil es nötig ist! Es reicht eben nicht, sich wie Koalition und Grüne in der Plenardebatte zum Pro-Ringen-Antrag der LINKEN zwar betrübt zu geben, dann aber achselzuckend darauf zu verweisen, dass man nicht zuständig sei. Dabei trafen die Streichpläne des Internationalen Olympischen Komitees auch die Ringer in Sachsen, die in 25 Vereinen, einem Leistungszentrum und einem Landesstützpunkt trainieren. Ein Olympia-Aus für Ringen bedeutet für die das Aus ihrer sportlicher Ziele.

„Die Landesregierung muss aufwachen und beim Bund und auf



europäischer Ebene sowie beim Deutschen Olympischen Sportbund dafür werben, dass die olympischste aller Disziplinen auch

2020 noch dabei ist und nicht Einschaltquoten über sportlich-traditionelle Werte triumphieren“, so die LINKE Sportpolitikerin **Verena Meiwald**.

Die Sportler selbst indes haben reagiert und angekündigt, ihre Sportart attraktiver zu machen. U. a.

soll eine Athleten-Kommission eingerichtet und die Zahl der Dopingkontrollen erhöht werden. Zudem wird über modernes Outfit und eine Umgestaltung der Ringerhallen nachgedacht.

„Finanzminister Schäuble will, dass die Entscheidung korrigiert wird und der Bundes-Innenminister hält die Absicht, Ringen aus dem Programm der Olympischen Spiele zu streichen, für nicht nachvollziehbar“, zählte Verena Meiwald auf und verwies auch auf die Landtage in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die sich klar für den Verbleib der Sportart im olympischen Programm ausgesprochen haben. „Im Bundestag werden in allen Fraktionen Initiativen vorbereitet“, so Meiwald weiter: „Also, worauf wartet Sachsen?“

Auf nichts, denn die Landtagsmehrheit lehnte den Antrag der LINKEN ab. *red.*

LINKE an der Seite der Seifhennersdorfer „Schulrebell“

Am 3. April platzte der kleine Saal der Landes-Pressekonferenz im Dresdner Landtag fast aus allen Nähten. Die Linksfraktion hatte

eingeladen, um über Konsequenzen nach den Gerichts-Entscheidungen zur Verfassungsmäßigkeit des sächsischen Schulgesetz-

zes und zum Stand der Bußgeld-Bescheide gegen die sog. „Seifhennersdorfer Schulrebell“ zu berichten. MdL Kathrin Kagelmann (li.), die auch Vorsitzende der LINKEN Kreistagsfraktion im Kreis Görlitz ist, versicherte der Seifhennersdorfer Bürgermeisterin Karin Berndt (3. v.li.) und den Vertretern der Bürgerinitiative (1. u. 2. v. re.), dass DIE LINKE der Stadt beim Kampf um ihre Schule weiter zur Seite stehen wird. Auch Rechtsanwalt Torsten Schmidt (2.v.li.) sieht die Eltern der 13 Fünftklässler im Recht, die ihre Kinder trotz des Verbots des Kultusministeriums weiter in Seifhennersdorf unterrichten lassen. *red.*



Heute handeln gegen Pflegenotstand von morgen

Deutschland droht ein Pflegenotstand, auch in Sachsen sind die „Vorboten“ allgegenwärtig. Unter dem Titel „Pflegenotstand verhindern! Situation und Perspektive der Pflege in Sachsen“ hat der Sozial-Experte der Fraktion DIE LINKE, **Dr. Dietmar Pellmann** eine Studie vorgelegt, deren Zahlenmaterial die Entwicklung im Bereich Pflege und konkreten Handlungsbedarf, wie die Erarbeitung eines neuen Landespflegegesetzes und

eines Landesbedarfsplans aufzeigt.

Die Studie analysiert die Alters- und Pflegebedürftigkeits-Entwicklung der Bevölkerung, liefert Fakten zu Pflegeheimen und zur Bezahlung in der Pflege: „Fast nirgendwo werden Pflegekräfte so schlecht bezahlt, wie in Sachsen. Demzufolge steigt der Personalmangel. Schon jetzt sind etwa zehn Prozent der Stellen nicht besetzt“, so Pellmann.



(Studie zum Pflegenotstand unter: www.linksfraktion-sachsen.de [Publikationen, Broschüren])

Plenarspiegel April 2013

Am 17. und 18. April 2013 fand die 73. und 74. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

– „Notstand bei der **medizinischen Notfallversorgung** verhindern.“

Gesetzentwürfe:

– „Gesetz zur Einführung einer zusätzlichen **Altersversorgung** zugunsten der ehrenamtlichen Angehörigen der **Freiwilligen Feuerwehr**“, 1. Lesung (Drs 5/11701)

– „Gesetz zur Förderung der **Gleichstellung von Frau und Mann**“, 2. Lesung (Drs 5/7135)

– „Gesetz zur rechtlichen und institutionellen Garantie der unabhängigen Ausübung der **Datenschutzkontrolle**“, 2. Lesung (Drs 5/7136)

– Fraktionen DIE LINKE & SPD: „Gesetz zur Neufassung des **Vergaberechts** und zur Änderung weiterer Vorschriften“. 2. Lesung (Drs 5/9013)

Große Anfrage:

– „Ausgestaltung der bundes- und landesgrenzüberschreitenden **Zusammenarbeit in der Raumordnung**“ (Drs 5/10275)

Anträge:

– „Rechtsverordnung für Sonderzuweisungen zur **Behebung von Winterschäden** an kommunalen Straßen unverzüglich erlassen“ (Drs 5/11600)

– „**Ringens als olympische Sportart erhalten** und Erneuerung finanziell unterstützen!“ (Drs 5/11599)

Änderungsanträge:

– DIE LINKE, SPD & GRÜNE zur Neufassung des Vergaberechts (Drs 5/11745)

– DIE LINKE & SPD zu Gesetzentwurf der SPD zum Sportfördergesetz (Drs 5/11751)

– zum LINKE-Gesetzentwurf zur Datenschutzkontrolle (5/11750)

– zum Sächsisches Gleichstellungsfördergesetz (Drs 5/11749)

– zum Antrag GRÜNE zu Kappungsgrenzen für Mietpreiserhöhungen (Drs 5/11761)

Entschließungsantrag:

– zur Großen Anfrage zur Zusammenarbeit in der Raumordnung“ (Drs 5/11760)

Die Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse (*Sammel-drucksache 5/11684*) enthielten folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE:

– „Subsidiaritätsbedenken und ggf. -rüge [...] zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen **Netz- und Informationssicherheit** [...]“ (Drs 5/11544)

– „Die Zukunft des **Rettenungsdiens-tes in Sachsen** sichern und die Kommunalisierung der Aufgaben ermöglichen!“ (Drs 5/8715)

– „Vorlage eines Konzeptes zur zukünftigen **Ausgestaltung der sozialen Beratungsinfrastruktur**“ (Drs 5/6912)

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Sachsens Justiz jagt Pfarrer König

Die Vorwürfe sind erheblich: schwerer Landfriedensbruch, versuchte Strafvereitelung, Nötigung sowie Beihilfe zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu zehn Jahre Haft. Wer den Jenaer Jugendpfarrer auch nur ein wenig kennt, hält diese Anschuldigungen für absurd.

Dennoch hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, Anfang April begann der Prozess vor dem Amtsgericht Dresden. Hintergrund ist die Teilnahme Lothar Königs an den Protest-Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden. An diesem Tag war es leider auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen, mehrere Polizeibeamte wurden verletzt. Pfarrer König soll mit seinem Lautsprecherwagen Gegendemonstrationen gelenkt und geleitet, zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen und flüchtigen Straftätern in seinem Fahrzeug Schutz geboten haben. So steht es in der Klage-



schrift der Dresdner Staatsanwaltschaft, die sich in den letzten Jahren bei der Kriminalisierung antifaschistischer Aktivisten bundesweit einen höchst zweifelhaften Ruf „erarbeitet“ hat.

Der Saal im Amtsgericht war erwartungsgemäß völlig überfüllt. Die für Medienvertreter vorgesehenen Sitzreihen waren komplett besetzt, sämtliche Besucherplätze „ausgebucht“. Viele Interessierte mussten draußen bleiben. Unter den Anwesenden waren auch Landtagsabgeordnete der LINKEN aus Sachsen und Thüringen sowie der Jenaer Oberbürgermeister Schröter (SPD). Mehr als eine Geste der Solidarität mit dem Angeklagten.

Schon die Verlesung der Klageschrift sorgte für Unruhe und – ja, auch für „Heiterkeit“. Zu abenteuerlich waren zum Teil die aufgeführten vermeintlichen Straftaten. Mit „aufwieglerischer“ Musik hätte König die Massen aufgehetzt. Tatsächlich handelte es



Lothar König und die sächsische Demokratie

sich dabei z.B. um Titel der „Rolling Stones“ oder von „Ton, Steine, Scherben“. Ein angeblicher Abdrängungsversuch gegen ein Polizeifahrzeug entpuppte sich als Ausweichmanöver zur Vermeidung eines Zusammenstoßes mit einem auf die Straße gesprungenen Demonstranten. Und zu dem Zeitpunkt, als König seine erste Straftat begangen haben soll, befand dieser sich

nachweislich (noch) gar nicht am Ort des Geschehens. Königs Verteidiger, Rechtsanwalt Eisenberg, zerpflückte die Vorwürfe förmlich. Lothar König selbst erklärte wiederholt, er habe beruhigen und zur Gewaltfreiheit beitragen wollen. Hoffentlich kommt bald auch das Gericht zu dieser Erkenntnis.

MdL Dr. André Hahn,
Sprecher für Innenpolitik

Dresden im April

Bereits zum siebten Mal lud MdL Heiderose Gläß zur Info-Tour nach Dresden ein und noch immer ist das Interesse ungebrochen. 41 Interessierte stiegen diesmal in den Bus, darunter Gäste aus der tschechischen Republik und kaum Mitglieder der LINKEN – was für ordentliches „Trommeln“ im Wahlkreis im südlichen Teil des Kreises Görlitz spricht.

Bevor die gut gelaunte Truppe am 18. April zum Landtag fuhr, gab es einen Zwischenstopp am Militärhistorischen Museum (MHM), das aufwändig umgebaut und neu eröffnet als architektonischer Hingucker gilt. Neben dem Bau selbst waren die Gäste auch von der Sonderausstellung „Stalingrad“ angetan und

bewunderten den bunt umstrickten Panzer, der unter dem Titel „Attacke! Auf ins Geflecht“ vorm MHM nicht zu übersehen war. Das ungewöhnliche Kunst-Projekt wird wie folgt erklärt: „Links-rechts-Links-rechts ist weder eine reine Frage der politischen Gesinnung noch ausschließlich eine bestimmte Art der militärischen Fortbewegung zu Fuß. Es ist auch: ein Strickmuster. Auf der Suche nach dem Strickmuster einer friedlichen Gesellschaft haben sich im September 2012 Dresdner Bürgerinnen und Bürger alter Altersstufen zusammengefunden, um ein Zeichen gegen Krieg und Gewalt zu setzen. Beim gemeinsamen Einstricken eines Panzers ging es nicht nur um das Erschaffen eines Symbols, sondern darum, im



Gruppenbild mit Strickpanzer am MHM in Dresden

Foto: Jens Thöricht

Null Bock auf Gleichstellung

Am 17. April 2013 wurde das Gesetz der Fraktion DIE LINKE zur „Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann im Freistaat Sachsen“ vom Plenum abgelehnt. Dabei ist die Gleichstellung der Geschlechter eine von der Sächsischen Verfassung gebotene Querschnittsaufgabe, der die Staatsregierung nur unzureichend gerecht wird. So beruft sich der Freistaat noch immer auf das Frauenförder-Gesetz von 1994 (!) und ignoriert die in der Zwischenzeit zahlreich stattgefundenen Änderungen auf EU- und Bundesebene.

Bei den Anhörungen zum Gesetzentwurf erhielt DIE LINKE viele fundierte Anregungen, die in insgesamt 17 Änderungsanträge mündeten, die für das Plenum wiederum zu einem Änderungsantrag gebündelt wurden. Auch diesen lehnte die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit allerdings ab und ignorierte damit die Hinweise der Fachleute. Mit der Annahme des Gesetzes hätte der Freistaat Maßstäbe für die Arbeit auf dem Gebiet der Gleichstellung setzen können. Nun wird man darauf noch bis zu einem Regierungswechsel warten müssen.

generationsübergreifenden Miteinander aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu Lernen.“

Etwas lernen konnte man dann auch im Landtag, nämlich, dass Abgeordnetenbüros nicht riesig sind, was Heiderose Gläß als Gleichstellungspolitikern macht und wie es im Plenum so zugeht, denn es lief gerade die 74. Landtagssitzung. Als die Reisegruppe hier Platz nahm, wurde der Antrag der GRÜNEN zur Begrenzung von Mietpreiserhöhungen aufgerufen. Bei der Aussprache dazu zeigt sich die Farbe der Arroganz: Schwarz-Gelb. Nicht nur darüber wurde auf der Heimfahrt angeregt diskutiert.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag